ERSCHEINUNGSORT WIEN/P.B.B./VERLAGSPOSTÄMTER 1150 WIEN, 2700 WR. NEUSTADT/GZ 02Z033355M NUMMER 10-11-12/2015, 2 EURO

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

1934-1945

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Wichtige BündnispartnerInnen geehrt

Gemeinsam mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat Freiheitskämpfer/innen-Vorsitzender Johannes Schwantner am 12. November Hannah Lessing, Gerhard Kastelic und Winfried Garscha die Rosa-Jochmann-Plakette verliehen. Das antifaschistische Engagement von Kurt Scholz wurde mit der Otto-Bauer-Plakette gewürdigt.

Genossin Heinisch-Hosek zögerte keine Sekunde, als sie gefragt wurde, ob sie die Ehrungen unterstützen wolle. Sie zeigt sich in ihrer Rede erfreut, den Ehrungen in „Mehrfachfunktion" beiwohnen zu dürfen. Als SPÖ-Frauenvorsitzende empfinde sie tiefsten Respekt gegenüber dem Wirken von Rosa Jochmann, die in dieser Funktion 1959 bis 1967 eine ihrer Vorgängerinnen war: „Es ist mir eine große Auszeichnung, mit dieser Verleihung das Gedenken an Rosa Jochmann hochhalten zu dürfen." Und als Bildungsministerin betrachtet sie es als ihre Pflicht, einen Beitrag zu aktiver Erinnerungsarbeit zu leisten. Erst kürzlich hat Heinisch-Hosek einen Vertrag für eine dreijährige Zusammenarbeit ihres Ministeriums mit der Gedenkstätte Yad Vashem für pädagogische Projekte unterzeichnet. Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Gerhard Schmid nimmt sich Zeit, um die zahlreichen Gäste im Sitzungszimmer der Bundesgeschäftsstelle zu begrüßen. „Die Bundesgeschäftsstelle wird immer ein zuverlässiger Partner sein", bekräftigt Schmid. Bereits Rosa Jochmann habe stets betont, wie wichtig BündnispartnerInnen und Koalitionen des guten Wollens für antifaschistische Arbeit sind.

Es ist ein besonderer Tag. Zum nunmehr zweiten Mal wird die Rosa-Jochmann-Plakette verliehen. Nach Käthe Sasso, die im Februar geehrt wurde, wird nun das Engagement wichtiger BündnispartnerInnen der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen gewürdigt: im Besonderen die gedeihliche und hervorragende Zusammenarbeit mit der Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Mag. Hannah Lessing, mit dem Vorsitzenden der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich sowie dem Sprecher der Opferverbände, Kommerzialrat Dr. Gerhard Kastelic, und mit Dr. Winfried Garscha, Historiker im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und als Wiener Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender des KZ-Verbands ebenfalls Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände. Bei Genossen OSR Dr. Kurt Scholz, dem Vorsitzenden des Zukunftsfonds der Republik Österreich, bedanken sich die Freiheitskämpfer/innen für dessen langjähriges und verdientes antifaschistisches Wirken mit der Otto-Bauer-Plakette. Bereits in seiner Zeit als Präsident im Wiener Stadtschulrat hat Scholz unverzichtbare antifaschistische Erinnerungs- und Gedenkarbeit geleistet.

Johannes Schwantner, Gabriele Heinisch-Hosek und Dagmar Casagrande mit den Geehrten Gerhard Kastelic (2. v. l.), Hannah Lessing (3. v. l.), Winfried Garscha (3. v. r.) und Kurt Scholz (g. r.)

Johannes Schwantner zeigt sich vom zahlreichen Besuch beeindruckt. Seine Begrüßung widmet er Leben und Wirken von Rosa Jochmann sowie den Ideen, die hinter den beiden Plaketten stehen. In seiner Laudatio hebt der Bundesvorsitzende das besonders gute Einvernehmen mit Gerhard Kastelic hervor, aus der auch „eine Freundschaft über die Parteigrenzen hinweg entstanden ist". Höhepunkt der jahrelangen, äußerst gedeihlichen Zusammenarbeit sei das gemeinsame Erinnern der Bundesregierung am 12. Februar des Vorjahres gewesen. Kastelic zählt zu den unmittelbaren Betroffenen des NS-Terrorregimes. Sein Vater, nach dem nun eine Verkehrsfläche in Wien benannt werden soll, wurde im Landesgericht hingerichtet. Winfried Garscha ist als Historiker im DÖW ein wichtiger Partner der Freiheitskämpfer/innen. Besonders verdient hat sich dieser durch seine Arbeiten zur Gerichtsbarkeit nach 1945 und über die Gruppe 40 gemacht. Ebenfalls beispielhaft ist Garschas Arbeit über das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz in Polen.

Hannah Lessing lernte Schwantner Ende der 90er Jahre bei einer Denkmaleröffnung in Riga kennen. Beide verbindet, dass sie sich im Kuratorium zur Neugestaltung der Österreich-Ausstellung in Auschwitz einbringen. Lessing vertritt Österreich darüber hinaus im Internationalen Auschwitz Komitee als Vorstandsmitglied. Von der Auszeichnung zeigt sie sich tief berührt: „Mit der Rosa-Jochmann-Plakette wurde mir eine große Ehre erwiesen. Ich hätte diese beeindruckende, berührende starke Frau gerne persönlich kennengelernt. Ihr Motto ‚Nicht zusehen, wenn Unrecht geschieht' ist aktueller denn je und mahnt uns zur Wachsamkeit gegenüber autoritären Tendenzen."

Die Redaktion des „Sozialdemokratischen Kämpfers" gratuliert den Geehrten herzlich und wünscht alles erdenklich Gute für die Zukunft! ■

Antifaschistische Vorbilder

Am 30. September 2015 sind fünf Mitglieder und Funktionäre unseres Bundes, Kurt Cizek, Vinzenz Jobst, Theo Maier, Werner Pikalo und Katja Sturm-Schnabl, im Bundeskanzleramt für Verdienste um die Republik Österreich geehrt worden.

Bundeskanzler Werner Faymann lobte die fünf zu Ehrenden als Menschen, die Haltung beweisen, die sich für Demokratie und Freiheit einsetzen und vorbildliche Aufklärungsarbeit leisten. Kulturminister Josef Ostermayer freute sich, die Ehrungen vornehmen zu dürfen, und stellte alle fünf Personen vor.

Kurt Cizek gehört den Freiheitskämpfer/inne/n seit 1956 an, ist seit 1995 Landesvorstandsmitglied und seit 2007 Bezirksvorsitzender in Wien-Brigittenau. Die Aufklärung von Jugendlichen ist dem umtriebigen Funktionär ein großes Anliegen.

Vinzenz Jobst ist Gründungsobmann von Memorial Kärnten-Koroška und Landesvorsitzender unseres Bundes. Er schuf viele Erinnerungszeichen und schrieb mehrere bedeutende zeitgeschichtliche Bücher.

Theo Maier wurde von seinem Stiefvater, einem Interbrigadisten und Dachau-Überlebenden, politisch geprägt. Als Personalvertreter bei den ÖBB engagierte er sich für seine KollegInnen, aktuell ist er Vorsitzender unserer Bezirksgruppe Hietzing und der österreichischen Lagergemeinschaft Flossenbürg.

Werner Pikalo setzt sich seit Jahrzehnten für die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus und für den Antifaschismus ein. Er ist Funktionär des KZ-Verbandes und Bundesvorstandsmitglied der Freiheitskämpfer/innen.

BKA

Die Republik bedankte sich bei Theodor Maier, Werner Pikalo, Katja Sturm-Schnabl, Vinzenz Jobst und Kurt Cizek (v. l. n. r.) für ihr antifaschistisches Engagement

Katja Sturm-Schnabl, Angehörige der slowenischen Volksgruppe in Kärnten, war als Kind von den Nazis dreieinhalb Jahre im Lager Ebenthal bei Klagenfurt inhaftiert. Als Zeitzeugin besuchte und besucht sie Schulen und nimmt am jährlichen Hermann-Langbein-Symposium in Linz teil. Katja Sturm-Schnabl sprach die Dankesworte, wobei sie den großen Symbolgehalt dieser Ehrung betonte. Sie dankte namentlich Hannes Schwantner, Ali Kohlbacher und Peter Weidner für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung unseres Bundes mit dem bzw. für den Verband Kärntner Slowenen.

Die Redaktion des „Sozialdemokratischen Kämpfers" gratuliert der geehrten Genossin und den geehrten Genossen und wünscht viel Kraft, die Aktivitäten noch lange weiterzuführen! ■

Anregung für das Parteiprogramm

Zum Bundesparteitag 2016 soll ein neues Grundsatzprogramm als Kompass für die Politik der SPÖ vorliegen. Der Diskussionsprozess läuft schon seit einiger Zeit. Durch mehrere Landtagswahlen 2015 ist er ein wenig in den Hintergrund getreten. Der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer/innen hat bei seiner Sitzung am 14. Oktober 2015 folgenden Text beschlossen, den wir unserer Partei für das Kapitel „Grundsätze der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Unseren Werten verpflichtetes Handeln." als Anregung oder Grundlage übermittelt haben:

„Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Flüchtlings- und Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus, die von nationalistischen und populistischen Kräften geschürt oder instrumentalisiert werden, bedrohen die Würde und Sicherheit der Menschen und sind daher eine Gefahr für das friedliche und demokratische Zusammenleben. Aufgrund unserer schmerzlichen historischen Erfahrungen sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konsequente AntifaschistInnen, setzen uns für die Erfüllung des antifaschistischen Auftrags der österreichischen Bundesverfassung und damit für die entschiedene Bekämpfung aller rechtsextremen, neonazistischen und rassistischen Aktivitäten ein. Darüber hinaus treten wir allen menschenverachtenden, die Menschenrechte missachtenden autoritären und reaktionären Kräften ebenso entgegen wie jeder Form des Fundamentalismus, mag dieser politisch, religiös oder anders motiviert sein. Wir unterstützen eine umfassende Aufklärungs- und Bildungsarbeit zum aktuellen Rechtsradikalismus und Neofaschismus sowie lokale und regionale Initiativen zur Errichtung und Erhaltung von Gedenkzeichen und Denkmälern für Freiheitskämpfer/innen und Opfer des Faschismus und treten für einen uneingeschränkten Zugang zu Gedenkstätten ein."

SPÖ Wien

Die drei Pfeile symbolisieren den Kampf der ArbeiterInnenbewegung gegen Faschismus, Kapitalismus und Reaktion

Seit September arbeiten über 200 GenossInnen in zehn inhaltlichen Arbeitsgruppen an Textvorschlägen für das neue Grundsatzprogramm. Grundlage ihrer Beschäftigungen sind die Ergebnisse aus der ersten Phase, in der österreichweit 1.800 Ideen eingeholt wurden, ein Analysepapier des wissenschaftlichen Beirates rund um Wolfgang Maderthaner sowie ein Fragenkatalog von Josef Cap und ein programmatisches Diskussionspapier der Wiener SPÖ. Ende Februar soll ein erster Entwurf vorliegen, der dann österreichweit diskutiert und über den im Zuge einer Mitgliederbefragung abgestimmt werden soll. ■

Erinnerungen an Ernst Nedwed

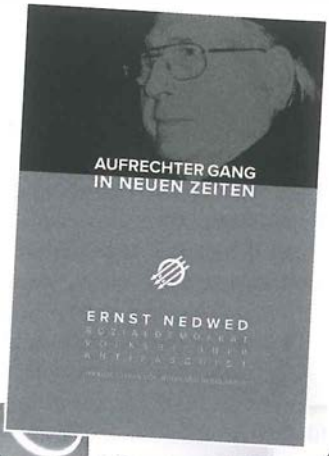
Am 23. November 2015 trafen sich im Bildungszentrum der SPÖ Wien mehr als hundert WegbegleiterInnen, MitstreiterInnen und SchülerInnen von Ernst Nedwed, dessen Todestag sich am 24. November zum zweiten Mal jährte, anlässlich der Präsentation seiner Biografie.

Ernst Woller, Vorsitzender der Wiener SPÖ Bildung, führte sichtlich stolz und bewegt aufgrund des übervollen Saals durch die Veranstaltung. Die beiden Höhepunkte des Nachmittags waren ein Podiumsgespräch mit Ernst Nedweds Tochter Andrea Schnattinger, Michael Ludwig, Karl Blecha und Hilde Hawlicek sowie die Rede des Herausgebers Wolfgang Neugebauer, die wir hier in Auszügen abdrucken:

„Er war für mich – so wie Rosa Jochmann und Josef Hindels – eine politische Leitfigur. Er war über Jahrzehnte hinweg einer der wichtigsten sozialdemokratischen Bildungs- und Kulturpolitiker in Wien und bis zu seinem Tod 2013 ein herausragender Repräsentant der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer.

Die Publikation ist das Gemeinschaftswerk von Menschen, die Ernst politisch und menschlich geschätzt haben und über viele Jahre seine Wegbegleiter waren. Das Buch besteht aus mehreren Abschnitten. Nach den Vorworten von Michael Häupl, Harry Kopietz und Michael Ludwig sind in einem biografischen Teil die berührende Grabrede von Michael Ludwig und der Nachruf von Alfred Kohlbacher im „Sozialdemokratischen Kämpfer" veröffentlicht. Nedweds Tochter Andrea Schnattinger, die durch die Beistellung zahlreicher Fotos und Dokumente zum Gelingen des Werkes sehr viel beigetragen hat, hat eine informative Zeittafel erarbeitet und macht in ihrer privaten Biografie auch den geradlinigen Menschen sichtbar.

Einen wesentlichen Teil des Buches bilden ausgewählte Reden und Schriften Ernst Nedweds. (...) In seinen Schriften zu sozialdemokratischer Bildungsarbeit und Antifaschismus kommt der große Einfluss von Josef Hindels zum Ausdruck, der ihm die Ideen des Roten Wien, der sozialistischen Erziehungsarbeit der Ersten Republik und des Austromarxismus vermittelte. (...)
Im Abschnitt Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit kommen ehemalige MitstreiterInnen zu Wort, die seine Persönlichkeit und sein Wirken umreißen. Erwin Lanc berichtet über seine Zusammenarbeit mit Ernst Nedwed in der SJ in der schwierigen Nachkriegszeit. Daran schließt Karl Blechas Beitrag über die Linke in der sozialistischen Jugendbewegung an. Aus beiden Beiträgen geht hervor, dass die SJ-Linken in der damaligen SPÖ – gelinde gesagt – einen schweren Stand hatten. (...)



Carl Gerold's Sohn Verlag

Michael Ludwig, Andrea Schnattinger, Ernst Woller, Karl Blecha und Hilde Hawlicek diskutierten vor über 100 Gästen über Leben und Wirken von Ernst Nedwed

Hilde Hawlicek, die damalige Unterrichtsministerin, beschreibt anhand der Nationalratsreden Nedweds dessen Einsatz für eine sozialdemokratische Kulturpolitik, u. a. 1988 in seinem Eintreten für die Freiheit der Kunst im Zuge der Diskussion um Thomas Bernhards „Heldenplatz". (...) Gerald Netzl und Hannes Schwantner schreiben über den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen und die wichtige Rolle von Ernst Nedwed in ihrer Organisation. (...)

Ernst Nedwed ist es niemals um irgendwelche Vorteile oder Privilegien, sondern stets um seine politischen Anliegen gegangen: um eine Volksbildung im besten Sinn des Wortes, um eine an den Grundsätzen der Sozialdemokratie orientierten Politik und insbesondere um Antifaschismus. Wir hoffen, dass dieses Buch dazu beiträgt, dass seine Ideen und sein Wirken in unserer Erinnerung bewahrt werden und als Vermächtnis auch in die Zukunft wirken." ■

Wir gratulieren: Oktober bis Dezember 2015

95. Geburtstag: Margarete Flieger, Waidhofen/Thaya; Berta Pospichal, Wien. **94. Geburtstag:** Helene Faderny, Wien. **92. Geburtstag:** Herta Kratzer, Luise Seitler, Gertrude Wald, Wien. **91. Geburtstag:** Margarete Filippovits, Bernstein; Leopoldine Pfauser, Wien. **90. Geburtstag:** Luzia Wicher, Schwechat; Bibiane Röttig, Strau; Freimund Exler, Ferdinand Hiller, Kurt Wagner, Wien; Johanna Triebl, Wiener Neustadt. **85. Geburtstag:** Hans Kremsner, Pöttsching; Alfred Böck, Rudolf Gelbard, Wien. **80. Geburtstag:** Franz Maier, Bad Hofgastein; Hermine Schwarzinger, Retz; Stefan Benczak, Traiskirchen; Albert Beilner, Herta Dvoracek, Edith Hofmann, Irmgard Ludl, Johann Reiter, Waltraud Widor, Wien. **75. Geburtstag:** Nikolaus Wieninger, Baden; Elfriede Strasser, Kirchstetten; Ulrike Leidenfrost, Krems/Donau; Ilse Richter, Piesting; Jose Contreras, Pitten; Herta Lichtenecker, Schwechat; Erwin Hofmann, Sieghartskirchen; Werner Pikalo, Strau; Gerd Brunner, Eduard Giffinger, Helmut Kramer, Hermine Moser, Elisabeth Pfeifer, Margarete Pleininger, Peter Schabmann, Heidi Schwab, Bernhard Votter, Rudolf O. Zucha, Wien; Karl Kraushofer, Wiener Neustadt.

Schweigemarsch am Zentralfriedhof

Unser Redaktionsmitglied Claus Michl-Atzmüller berichtet über den diesjährigen Gedenkmarsch auf dem Wiener Zentralfriedhof für die Opfer des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus.

Am 1. November fand – wie bereits in den letzten Jahren – der Schweigemarsch für die Opfer des Kampfes gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus auf dem Zentralfriedhof statt. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen gedachte gemeinsam mit VertreterInnen der SPÖ Wien, der Wiener SPÖ-Bildung, der Wiener SPÖ-Frauen, der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation, der Roten Falken und des VSStÖ der Opfer von Verfolgung und Unterdrückung.

Der Gedenkmarsch startete vor dem 2. Tor des Zentralfriedhofes und führte zunächst an den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya vorbei zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934–1945.

Danach begrüßte Gerald Netzl, Wiener Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, die mehr als 200 TeilnehmerInnen. Netzl kritisierte die freiheitliche Beteiligung in den Landesregierungen im Burgenland und in Oberösterreich. Für Wien wünscht er sich nach der Landtagswahl eine selbstkritische Analyse der SPÖ-Politik und daraus resultierende Veränderungen, die zu einem Wiedererstarken der Partei führen sollen. An diesem Mahnmal für ein freies Österreich betonte Michael Ludwig die Bedeutung von Erinnerungskultur, die auch in Zukunft fortzusetzen sei.

Dann ging der Marsch weiter zum Mahnmal für die Opfer der NS-Justiz in der Gruppe 40. Arbeiterkammer-Präsident Rudi Kaske ging in seiner Rede unter anderem auf die aktuelle Flüchtlingskrise ein. Menschen aus Kriegsgebieten abzuweisen sei unmenschlich.

Besonders beeindruckend war auch heuer wieder die rege Teilnahme am Gedenkmarsch

Mit einer Kranzniederlegung am Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer endete der Gedenkmarsch. Marina Hanke, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien, hielt die Abschlussrede.

Politik, sozialdemokratische Politik, braucht eine Vision, eine umfassende gesellschaftliche Perspektive. Die SPÖ muss Taten setzen, ansonsten wird die Hegemonie des Neoliberalismus kein Ende finden.
Der Gedenkmarsch endete mit dem Singen der „Internationalen". ■

Grußworte von Franz Leichter

Anlässlich der Verlegung der „Steine der Erinnerung" für Dr. Käthe Leichter am 15. September (siehe „Kämpfer 3/2015) schickte Senator Franz Leichter eine eindrucksvolle Grußbotschaft. Wir veröffentlichen an dieser Stelle einen Auszug.

Wenn ich meine Augen schließe, sehe ich das Haus, in dem meine Familie in der Rosenhügelstraße von 1935 bis zum Anschluss 1938 lebte, vor mir. Mein Vater und meine Mutter sind nach ihrer Rückkehr aus Zürich, wohin sie nach der faschistischen Machtübernahme 1934 geflohen waren, hierhergezogen. Sie lebten im Untergrund, obwohl die Schuschnigg-Polizei ihren Aufenthaltsort kannte und meinen Vater sogar einmal verhaftet hatte. Sowohl mein Vater Otto als auch meine Mutter Käthe waren führende Aktivisten des sozialistischen Untergrunds.

(...)

Nach einer langen Untersuchungshaft und einem Pseudoprozess, in dem sie vom Vorwurf des Verrates freigesprochen wurde, folgte ihre Deportierung in das Konzentrationslager Ravensbrück, von wo aus sie im Februar oder März 1942 ermordet wurde. Mit diesem kleinen Denkmal, das heute eingeweiht wird, ehren wir die Arbeit meiner Mutter und ihre Bemühungen um eine menschlichere Gesellschaft mit mehr Fairness und Rechten für Arbeiterfamilien und vor allem für Frauen. Ihre Studien und Schriften über die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen waren damals bahnbrechend und ihre Forderungen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit sind heute aktueller denn je. Diese kleine Erinnerungsplakette, die wir heute einweihen, soll uns als Erinnerung und Warnung für eine dunkle Epoche dienen, in der meine Mutter Käthe Leichter und unzählige andere Menschen Opfer einer inhumanen und geistesgestörten Ideologie wurden, die auf nichts als dem Hass gegenüber Menschen, die „anders" sind, aufgebaut war.

(...)

Angesichts der Lage heute in Österreich und in Europa bitte ich Sie alle, liebe Genossen und Freunde, nicht zu vergessen, dass auch mein Vater, meine Geschwister und viele andere Verwandte und Freunde einmal Flüchtlinge waren und dass wir, sobald wir integriert waren, unseren Beitrag zum Wohle unserer neuen Heimat geleistet haben und dieser nach bestem Wissen, Gewissen und Möglichkeit erfolgreich gedient haben. Integration war nur möglich durch die Solidarität und freundliche Aufnahme durch uns völlig unbekannte Menschen, durch Zugang zu Bildung, durch faires Verhalten, durch ehrliche Chancen, die uns gegeben worden sind. Alle diese Menschen, die heute als arme Flüchtlinge bei uns eintreffen, tragen dasselbe Potenzial in sich, wie ich und viele andere Menschen es hatten. Schauen wir nicht weg, geben wir ihnen eine Chance.
Ich danke allen Menschen, die den heutigen Tag möglich gemacht haben." ■

Gedenkfeier am Salzburger Kommunalfriedhof

Marko Feingold, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, besuchte gemeinsam mit seiner Frau die Gedenkfeierlichkeiten auf dem Salzburger Kommunalfriedhof

Rund 80 GenossInnen waren heuer anwesend, als die Salzburger Freiheitskämpfer/innen und die SPÖ Salzburg Stadt am 1. November einen Kranz niederlegten, um der Opfer des Faschismus zu gedenken.

Die Feier war jenen SozialdemokratInnen gewidmet, die unter Einsatz ihres Lebens für eine bessere Zukunft und gegen den Faschismus gekämpft hatten. Die sich gegen Unrecht und Unterdrückung zur Wehr setzten und dies mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Christian Hendricks, neuer Vorsitzender der SPÖ-Sektion Morzg/Gneis/Nonntal, betonte in seiner Ansprache: „Die Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Es sind engagierte BürgerInnen vonnöten, die diese mitgestalten und verteidigen."

Die Gedenkfeier wurde auch dafür genutzt, um einen Blick auf die aktuelle Situation in Europa zu werfen. Wiederholt wurde eingefordert, rechten Hetzern nicht das Feld zu überlassen. Marco Kern, Vorsitzender der Salzburger Gewerkschaftsjugend, brachte dies in seiner Rede auf den Punkt: „Man muss die richtigen Schlüsse aus der Geschichte ziehen. Gerade in einer Zeit, in der extreme PopulistInnen in Europa immer stärker werden. Wir müssen diesen Unverbesserlichen konsequent entgegentreten." ■

Neuer Vorstand

Der Landesverband Burgenland hat am 17. November einen neuen Landesvorstand gewählt. Die Vorsitzende Dr.in Susanna Steiger-Moser wurde in ihrer Funktion bestätigt. „Wir werden unsere Arbeit fortsetzen. Insbesondere die letzten Tage und Wochen haben gezeigt, dass wir nicht aufhören dürfen, gegen Faschismus und Rassismus jeder Form aufzustehen. Mich freut es, dass wir vor allem so viele junge Menschen für diese Aufgabe gewinnen konnten. Junge Menschen, die im Vorstand mitarbeiten werden. Damit ist sichergestellt, dass wir auch in Zukunft nicht leiser treten werden", strich Steiger-Moser nach ihrer Wahl hervor.

Im Anschluss an die Landeskonferenz in Hirm referierte die Sprachforscherin Ruth Wodak unter dem Titel „Wer oder was ist fremd?" über die Macht der Sprache und die Verantwortung, die diese mit sich bringt. Rund 100 interessierte Besucherinnen und Besucher waren zum Vortrag gekommen. „Es ist für uns die Bestätigung, dass es diese Auseinandersetzung braucht und unsere Themen bewegen. Daran werden wir auch in den kommenden Jahren weiterarbeiten", so Steiger-Moser abschließend. ■

Der neu gewählte burgenländische Freiheitskämpfer/innen-Vorstand

Gedenktafel für politische NS-Opfer

Am 27. Oktober wurde in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz auf dem Wiener Zentralfriedhof Gruppe 40 eine Gedenktafel enthüllt. Die Namen von politischen NS-Opfern wurden in „Stein gemeißelt" – uns allen zur Mahnung und Erinnerung an das dunkle Kapitel. Die Initiatorin der Gedenktafel Käthe Sasso dankte Bundeskanzler Werner Faymann, den Vertretern des Innenministeriums und der ARGE der NS-Opferverbände für die Unterstützung. Dr. Gerhard Kastelic, Sohn eines Verurteilten, sprach als Vertreter der Familienmitglieder über den Schmerz der Hinterbliebenen.

Käthe Sasso bei der Enthüllung der Gedenktafel

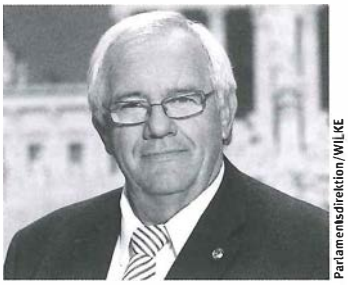
Werner Faymann erinnerte in seiner Rede an den Mut der Verfolgten und betonte: „Die Dokumente von Überlebenden sind wichtig, damit wir nicht von anonymen Zahlen oder Statistiken sprechen, sondern von Menschen mit einer persönlichen Lebensgeschichte. Deshalb sind Gedenkveranstaltungen, die vor den Folgen von Hass und Gewalt warnen, so wichtig. So können wir auch der jetzigen Generation ganz offen die Aufarbeitung der Geschichte vermitteln. Der Respekt vor Andersdenkenden und vor anderen Religionen dient dem Zusammenhalt einer Gesellschaft. Wir haben auch in der Gegenwart viel zu tun, um zu beweisen, dass Menschlichkeit zu den Grundwerten der Demokratie gehört."

Käthe Sasso, die unermüdliche Zeitzeugin, zeigte sich sehr gerührt, dass auch die SchülerInnen der Berufsschule Schrems, die in zahlreichen Stunden die Gedenktafel bearbeitet haben, gemeinsam mit Rudolf Toth, Landesschulinspektor für Niederösterreich, an der Feier teilnahmen. ■

Rehabilitierung: Nachbesserungen notwendig

Anton Heinzl, SPÖ-Nationalrat und Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, hatte in einer parlamentarischen Anfrage an Justizminister Brandstetter die „verschiedenen Mängel und Unschärfen" im 2012 verabschiedeten Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz kritisiert. Fast vier Jahre später zeigte sich, dass es wenige Anträge gibt und dass diese nicht immer erfolgreich sind (acht der 18 Anträge wurden abgelehnt). So sind politisch motivierte Ausbürgerungen auf Grundlage einer Verordnung des Jahres 1933 aufrechtgeblieben, sodass beispielsweise der Begründer des Austromarxismus, Otto Bauer, nicht als Österreicher anzusehen wäre.

Auch „hunderte, wenn nicht tausende" Beamte, die aufgrund ihrer politischen Haltung bestraft wurden, oder auch Menschen, denen kommunale Leistungen entzogen wurden, sind laut Heinzl nicht von der Rehabilitierung erfasst. Offenbar will man nun aber beim Gesetz nachbessern. Es bestehe auf politischer Ebene bereits ein „grundsätzlicher Konsens", den Geltungsbereich des Gesetzes „insbesondere auf jene Fälle auszuweiten, die vom Gericht bislang ablehnend entschieden werden mussten", antwortete Brandstetter. Gleichzeitig soll auch der Kreis der antragsberechtigten Personen auf die Nichten und Neffen der Betroffenen und deren Nachkommen ausgeweitet werden.



Parlamentsdirektion/WILKE

Starkes Zeichen der Kärntner Gedenkkultur

Auf dem Friedhof Klagenfurt-Annabichl versammelte man sich am Nationalfeiertag zur Gedenkfeier von Memorial Kärnten-Koroška (MKK). Im Zentrum der Ansprachen standen die Wichtigkeit einer Gedenk- und Erinnerungskultur sowie natürlich auch die aktuelle Flüchtlingsproblematik. Den Beginn des Festaktes bildete die Enthüllung von 3.175 Namen an der Gedenkstätte der Opfer für ein freies Österreich. Die Gedenkstätte wurde 1967 vom Künstler Valentin Oman und Architekt Rudolf Nitsch konzipiert und wird jetzt neu gestaltet bzw. saniert. Finanzielle Unterstützung gibt es dafür vom Bund (Nationalfonds und Zukunftsfonds), dem Land Kärnten und der Stadt Klagenfurt.

LH Dr. Peter Kaiser, der Künstler Valentin Oman und Architekt DI Klaus Holler (von links)

Landeshauptmann Peter Kaiser erinnerte in seiner Rede daran, dass es wichtig sei, dass sich in Kärnten eine kollektive Be- und Gedenkkultur entwickelt habe. Eine Namens- und Datensammlung auf wissenschaftlicher Basis hat Helge Stromberger über viele Jahre erarbeitet. Die 3.175 auf den Tafeln befindlichen Namen seien gesichert, es werde natürlich noch Ergänzungen geben. Insgesamt gehe man von rund 10.000 NS-Opfern in und aus Kärnten aus, darunter 6.000 sowjetische Kriegsgefangene. Die Gedenkrede hielt der Schriftsteller Josef Winkler. Ansprachen hielten bei der Gedenkfeier auch Bundesrätin Ana Blatnik und Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz. Seitens der Landesregierung war auch Landesrat Rolf Holub anwesend, für die Republik Slowenien kam Generalkonsul Milan Predan. Musikalisch umrahmt wurde die Feier vom syrischen Kurden Alef Ashaf sowie dem Musikensemble „Praprotnice".

Netzwerk der Erinnerung

In der Klagenfurter Platzgasse 3 gibt es jetzt eine würdige Gedenkstätte für das zerstörte jüdische Bethaus. Am Jahrestag der Novemberpogrome wurde der ermordeten, vertriebenen und geflüchteten Jüdinnen und Juden gedacht.

„Mit dieser Gedenkstätte, die ein sichtbares Zeichen der in Klagenfurt sehr lebhaften Gedenk- und Erinnerungskultur darstellt, erinnern wir an das unermessliche Leid all jener, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, die Angehörige im Holocaust verloren haben oder den NS-Terror und die Konzentrationslager selbst erleiden mussten", stellte Bürgermeisterin Dr. Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) fest. Sie dankte all jenen, die sich für die Errichtung dieser würdigen Gedenkstätte engagiert eingesetzt haben, allen voran Dr. Peter Gstettner, dem Vorsitzenden des Klagenfurter Erinnerungsbeirates, dem auch der Kärntner Freiheitskämpfer/innen-Landesvorsitzende Prof. Vinzenz Jobst angehört. Aus München extra angereist war Dr. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, und der Vizepräsident der IKG Wien, Dezoni Dawaraschwili.

fritzpress/StadtPresse Klagenfurt

Univ.-Prof. Gstettner, Dr. Knobloch, Bgm. Mathiaschitz und Vizepräs. Dawaraschwili (v. l.) vor der neuen Gedenkstätte in der Klagenfurter Platzgasse

Als Vorsitzender des Klagenfurter Erinnerungsbeirates ging Gstettner auf die vielen Initiativen in Klagenfurt ein und hielt fest, dass in den letzten Jahren mit den Stolpersteinen, der Restaurierung des jüdischen Friedhofes, dem Mahnmal auf dem Friedhof Annabichl und der Gedenkstätte in der Platzgasse „ein Netzwerk der Erinnerung" entstanden ist.

Von der Vernichtung bis zur Anerkennung

Prof. Rudolf Sarközi, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma und Bundesvorstandsmitglied der Freiheitskämpfer/innen, zeichnet im folgenden Beitrag die Geschichte der Roma in Österreich – von Stigmatisierung, Diskriminierung, Verfolgung, Deportation und Vernichtung bis hin zur Anerkennung als Volksgruppe – nach.

In Österreich leben die Roma seit dem 15. Jahrhundert. Ihre ursprüngliche Heimat ist Indien. Es lässt sich nicht lückenlos nachvollziehen, warum sie aus Indien wegzogen. Über drei verschiedene Wanderrichtungen zogen sie bis nach Europa. Die in Österreich lebenden Roma sind urkundlich erwähnt. Im Jahre 1674 stellte Graf Christoph Batthyány einer Gruppe von Roma unter der Führung ihres Woiwoden Martin Sárközi einen Schutzbrief für seine Besitzungen im Südburgenland aus. Er erlaubte ihnen auf seinem Komitat Vas zu siedeln und zu leben. Das Originaldokument des Schutzbriefes ist im Besitz der reformierten Pfarrgemeinde Oberwart.

Am 15. Jänner 1933 fand in Oberwart (Südburgenland) eine Konferenz statt. Es herrschte Angst, dass die Roma in manchen Gemeinden die Mehrzahl der Bevölkerung erreichten. Die schlechte soziale Lage war dominierend, die Bildung der Menschen war schlecht und die Armut daher sehr groß. Wie in einem Protokoll von dieser Konferenz ersichtlich ist, wurde ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Man begann sie namentlich zu erfassen, mit Fotos und Fingerabdrücken. Eine Kartothek wurde angelegt. Damit wurde für die Nationalsozialisten eine Vorarbeit geleistet, mit dem Ergebnis, dass Roma und Sinti ab dem Jahr 1939 in die nationalsozialistischen Konzentrationslager deportiert wurden.

In der mittelburgenländischen Gemeinde Lackenbach wurde im November 1940 in einem ehemaligen Gutshof das größte „Zigeunerlager" auf dem heutigen österreichischen Gebiet eingerichtet. Allein aus diesem Lager wurden 2.000 Roma und Sinti in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt deportiert. Insgesamt wurden zwischen dem 4. und 8. November 1941 5.007 Männer, Frauen und Kinder nach Lodz zwangsverschickt. Sie wurden im Dezember 1941 oder Jänner 1942 ins Vernichtungslager Chelmno/Kulmhof überstellt und vergast. Nach dem Befehl Himmlers zur Deportation nach Auschwitz-Birkenau wurden Anfang April 1943 mindestens 2.700 österreichische Roma und Sinti in Güterwaggons nach Polen gebracht. Von den rund 11.000 österreichischen Roma und Sinti haben zehn Prozent überlebt.

Jene Menschen, die die Vernichtung überlebt haben, fanden bei der Rückkehr in ihren Heimatgemeinden nichts von dem, was sie einmal in ihrem Besitz hatten. Eine Rückkehr war von den Nationalsozialisten nicht vorgesehen. Wir wurden – so wie die Juden – vom Säugling bis zum Greis ermordet. In vielen Gemeinden des Burgenlandes gab es keine Überlebenden aus der Roma-Volksgruppe. Die „Heimkehrer" wurden notdürftig untergebracht und nur geduldet. Hier beginnt auch meine persönliche Lebensgeschichte.

Ich bin 1944 im sogenannten „Zigeunerlager Lackenbach" geboren. Meine Mutter, Paula Sarközi, war von 1939 bis 1945 KZ-Häftling. Sie war in Ravensbrück Mithäftling von Rosa Jochmann. Daher ist es kein Zufall, dass ich Mitglied der Freiheitskämpfer/innen wurde und mittlerweile im Bundesvorstand bin.
Durch die Armut und rassistische Ausgrenzung blieben wir wieder von der Bildung nahezu ausgeschlossen. Es gab nur den einfachen Schulbesuch (8 Klassen Volksschule). Sehr viele unserer MitschülerInnen landeten in der Sonderschule. Der Weg zum Sozialempfänger war bereits damit beschritten, denn in der weiteren Folge hatte man keine Chance auf einen Lehrplatz als Handwerker. An eine höhere Schulausbildung war gar nicht zu denken. Unsere Elterngeneration lebte teilweise von der Sozialhilfe und von Gelegenheitsarbeit. Sie waren durch die KZ-Jahre psychisch wie auch physisch krank.

Franz Johann Morgenbesser/CC BY-SA 2.0/wikimedia

Prof. Rudolf Sarközi wurde am 11. November 1944 im so genannten Anhaltelager Lackenbach geboren

Am 16. März 1992 übermittelte der Kulturverein österreichischer Roma eine vom Verein Roma in Oberwart mitgetragene Petition betreffend die Anerkennung der Roma und Sinti als Volksgruppe an die Mitglieder der Bundesregierung. Nach einer Anhörung von Vertretern der Roma und Sinti in Anwesenheit der Abgeordneten Ernst Piller (SPÖ) und Paul Kiss (ÖVP) wurde am 16. September 1992 im Parlament ein Antrag eingebracht. Am 15. Oktober 1992 wurde der Vier-Parteien-Entschließungsantrag betreffend die Anerkennung einstimmig angenommen. Mit einstimmigem Beschluss im Hauptausschuss des Nationalrates vom 16. Dezember 1993 wurden die österreichischen Roma und Sinti als „Volksgruppe der Roma" (Roma als Oberbegriff für die verschiedenen in Österreich lebenden autochthonen Untergruppen) anerkannt. Der Beschluss erlangte am 23. Dezember 1993 Rechtskraft. Für mich war die Anerkennung einer der schönsten Tage meines Lebens. Nur wenige werden das nachvollziehen können.

Nach dem Attentat von Oberwart am 5. Februar 1995 wurde der Roma-Fonds eingerichtet. In diesem Jahr ist der Fonds 20 Jahre alt. Kinder, SchülerInnen, Jugendliche und Erwachsene aus der Roma-Volksgruppe erhalten im Bereich der vorschulischen Erziehung sowie für Aus-, Weiter- und Fortbildung finanzielle Unterstützung. Durch diese Unterstützung aus der eigenen Volksgruppe ist es gelungen das Selbstbewusstsein zu heben. Nach Auflösung des Österreichischen Versöhnungsfonds konnte ich eine namhafte Summe für den Roma-Bildungsfonds aushandeln, sodass die Tätigkeit des Fonds längerfristig gesichert ist. Mittlerweile gibt es zahlreiche Hochschulabschlüsse sowie Abschlüsse im Bereich der Facharbeiterausbildung.

Prof. Rudolf Sarközi, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma

Die Österreichischen Lagergemeinschaften

1945 wurden die NS-Konzentrationslager befreit und seitdem arbeiten die Überlebenden dieser Lager intensiv und unermüdlich an der Aufklärung der Jugend über die Schrecken des Nationalsozialismus, warnen vor der Gefahr des Faschismus und der Intoleranz.

Nachdem die alliierten Armeen die nationalsozialistischen Konzentrationslager befreit hatten, schlossen sich Überlebende dieser Lager nach ihrer Rückkehr in die Heimat zu Lagergemeinschaften zusammen und nahmen eine wichtige Stimme in der österreichischen Gedenkkultur ein. Schon seit einigen Jahren befinden sich die Lagergemeinschaften in einer Umbruchsituation, denn viele der ehemaligen Häftlinge sind bereits verstorben oder können aus Altersgründen ihr bisheriges Engagement nicht mehr fortführen. Mehrheitlich sind nunmehr Angehörige der Nachfolgegenerationen in den Lagergemeinschaften aktiv.

Mit diesem Wandel konfrontiert, haben sich fünf Lagergemeinschaften in einer Plattform zusammengefunden, die auf die Initiative der Lagergemeinschaft Ravensbrück zurückgeführt werden kann. Höchste gemeinsame Prioritäten genießen die Aufklärungsarbeit über die in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen, das Andenken und die Ehrung der Opfer sowie die antifaschistische Arbeit (unter Vermittlung der Bedeutung der Menschenrechte) in der aktuellen politischen Situation. Die Plattform hielt in den Jahren 2010 und 2011 zwei wichtige Generationenforen ab, die (speziell für die Nachfolgegenerationen) die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, des Erfahrungs- und Gedankenaustausches sowie des zukünftigen Gedenkens betonten.

Folgende Lagergemeinschaften sind Teil der Plattform:

1) Die Lagergemeinschaft Auschwitz

Vorsitzender: Univ.-Prof. Dr. Michael John, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Linz

Die Gründung der Lagergemeinschaft Auschwitz (als grausames Vernichtungslager umfangreich bekannt) geht gemäß den Meldedaten der Vereinsbehörde auf den 19. März 1958 zurück. Doch wurden erste informelle Treffen der ehemaligen Lagerinsassen gleich nach ihrer Heimkehr arrangiert und schon 1947 gab es Anzeichen einer tiefer gehenden Organisierung. Die Ärztin Ella Lingens spielte eine zentrale Rolle. Antriebskräfte waren die gemeinsame Leidensgeschichte und der unbedingte Wille, dass sich die Geschichte nicht wiederholen darf.

Die Lagergemeinschaft stand viele Jahre lang unter dem Einfluss der KPÖ. Der Vorstand bestand aus politisch verfolgten Häftlingen. Durch die Organisierung als Verein konnte unter anderem die Aufklärungsarbeit in Schulen intensiviert und das Wissen um Verfolgung und Vernichtung durch die Nationalsozialisten verbreitet werden.

Auschwitz-Überlebende wie Erna Musik, Hermann Langbein, Kurt Hacker, Franz Danimann, Josef Meisel und Sigi Hirsch waren von Anfang an dabei. Dagmar Ostermann stieß später zur Lagergemeinschaft.

Durch das Ableben des langjährigen Obmanns Kurt Hacker im Jahr 2001 veränderten sich die Struktur und die Statuten der Lagergemeinschaft. Junge Menschen konnten jetzt im „strikt überparteilichen" Verein aktiv werden.

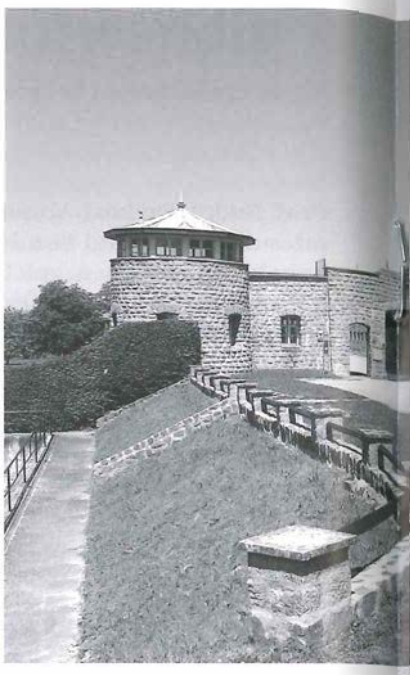
Zu den vordringlichen Vorhaben der Lagergemeinschaft zählen die Aufrechterhaltung der Kontakte zur Gedenkstätte Auschwitz, die Verbindung zum Internationalen Auschwitz Komitee, einem weltweiten Zusammenschluss aller Lagergemeinschaften mit Sitz in Berlin, und die Einbindung bei der Modernisierung der österreichischen Ausstellung im ehemaligen Stammlager. Und natürlich soll aktuellen rechtsextremen und fremdenfeindlichen Strömungen entgegengetreten werden.

2) Die KZ-Vereinigung Buchenwald

Obmann: Albert Dlabaja

Buchenwald war eines der größten NS-Konzentrationslager auf deutschem Boden. Buchenwald wurde in den Jahren 1937–1945 auf dem Ettesberg bei Weimar als „Arbeitslager" betrieben. Über dem Eingangstor prangte die Inschrift „JEDEM DAS SEINE". Rund 266.000 Menschen mussten durch dieses Tor schreiten, darunter 6.500 Österreicher, von denen mehr als tausend nicht mehr zurückkehrten. Als Buchenwald am 11. April 1945 befreit wurde, waren noch rund 600 österreichische Häftlinge im Lager. Nach ihrer Heimreise begannen vor allem die Wiener Kameraden ein kontinuierliches Treffen zu organisieren. Im Vordergrund standen Hilfestellungen bei der Suche nach einer Wohnung, geeigneten Arbeitsplätzen, Nahrung und psychologischer Betreuung. Die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und die Überwindung traumatischer Erlebnisse waren vordringliche Ziele.

1949 wurde die KZ-Vereinigung als „KZ Vereinigung Buchenwald Verband ehemaliger politischer Häftlinge des KZ Buchenwald" gegründet und hat bis heute Bestand. Im Jahr 2001 starb der langjährige Obmann



Adolf Kothbauer. Ein Generationenwechsel wurde eingeleitet. Die KZ-Vereinigung Buchenwald unterhält bis heute eine enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald und dem IKBD (Internationales Komitee Buchenwald-Dora). Die KZ-Vereinigung möchte auch in Zukunft einen Beitrag zum Gedenken der Opfer der Naziherrschaft leisten, die Aufklärung bei jungen Menschen vorantreiben und gegen jede Art des Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass auftreten.

3) KZ-Gemeinschaft Dachau – Vereinigung für antifaschistische Erinnerungs- und Aufklärungstätigkeit zum ehemaligen Konzentrationslager Dachau

Obmann: Univ.-Prof. Dr. Ernst Berger

Schon kurz nach ihrer Machtübernahme errichtete das NS-Regime 1933 das Konzentrationslager Dachau. Es war somit zwölf Jahre lang durchgehend in Betrieb und diente zunächst der Inhaftierung politischer Häftlinge. Von den rund 200.000 Dachauer Haftinsassen starben etwa 41.500.

Die KZ-Gemeinschaft Dachau, die ihre Tätigkeit seit 2009 mit neuem Namen fortsetzt, wurde am 22. 3. 1947 unter dem Namen „KZ-Gemeinschaft Dachau, Ver-

Die Lagergemeinschaften leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Information und Aufklärung über die Verbrechen des nationalsozialistischen Systems

Dnalor_01/Wikimedia Commons/CC-BY-SA 3.0

einigung ehemaliger politischer Schutzhäftlinge des Konzentrationslagers Dachau" gegründet. Ein Auszug der Statuten des Vereins kann unter der URL: http://doewweb01.doew.at/aktuell/dachau/kz-gemeinschaft-dachau.htm heruntergeladen werden.

Der Verein entfaltet(e) seine Aktivitäten fast ausschließlich in Wien, wobei immer eine konstante Zusammenarbeit mit den anderen Lagergemeinschaften und KZ-Verbänden (ÖVP-Kameradschaft, Sozialdemokratische Freiheitskämpfer/innen) bestand. Eine weitere Aktivität war die Publikation eines Mitteilungsblattes, in dem auch auf aktuelle politische Entwicklungen in Österreich eingegangen wurde.

Auf Initiative des damaligen Obmanns Ferdinand Berger wurde im Jahr 1998 aus Anlass des 50. Jahrestages des ersten österreichischen Transportes nach Dachau am Wiener Westbahnhof eine Gedenktafel enthüllt.

4) Lagergemeinschaft Mauthausen

Vorsitzende: Dr. Irmgard Aschbauer/www.mkoe.at

Als am 5. Mai 1945 das KZ Mauthausen befreit wurde, waren unter den rund 80.000 Häftlingen gerade 500 Österreicherinnen und Österreicher. Österreichische Häftlinge bildeten im KZ Mauthausen und in den 49 Nebenlagern immer eine Minderheit. Trotzdem waren die österreichischen Mauthausen-Überlebenden stets die wichtigsten Partner in Österreich.

Im Jahr 1964 wurde die Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen (ÖLM) als die Vereinigung der ehemaligen österreichischen KZ-Häftlinge als eigenständiger Verein gegründet. Davor waren die österreichischen Überlebenden des KZ Mauthausen innerhalb des KZ-Verbandes als Gruppe, nicht jedoch als Verein organisiert.

Die Führung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und die ÖLM waren über Jahrzehnte mit Hans Maršalek und Kurt Hacker in Personalunion miteinander verbunden. Sie waren als verantwortliche Beamte im zuständigen Bundesministerium für Inneres tätig. Seit 1986 sind jedoch die Funktionen getrennt.

Das ÖLM arbeitet seit Jahren eng mit dem Mauthausen Komitee (MKÖ) zusammen, welches seit dem Jahr 2000 auch als offizielle Nachfolgeorganisation gilt. Trotzdem ist das ÖLM immer noch als maßgeblicher Verein aktiv in der Publikation von Broschüren und Büchern und organisiert mit dem MKÖ und dem Comité International de Mauthausen die alljährlichen Gedenk- und Befreiungsfeiern.

Fr. Dr. Aschbauer erzählte mir in unserem Telefonat, dass ein Buch über die Geschichte der Lagergemeinschaft geplant ist, welches in zwei Jahren erscheinen soll. Der Sozialdemokratische Kämpfer wird über dieses Buch sicher berichten.

5) Lagergemeinschaft Ravensbrück

Obfrau: Bernadette Dewald/www.ravensbrueck.at

Das Konzentrationslager Ravensbrück, ca. 80 km nördlich von Berlin nahe der Kleinstadt Fürstenberg am Schwedtsee gelegen, war das zentrale Frauenkonzentrationslager im NS-Regime. Rund 120.000 Frauen wurden vom Mai 1939 bis Ende April 1945 in diesem Lager inhaftiert. Jüngste Forschungen von Frau Dr. Brigitte Halbmayr gehen von zumindest 2.700 Österreicherinnen aus. Eine der berühmtesten Österreicherinnen, die in Ravensbrück interniert wurde, war die Sozialdemokratin Rosa Jochmann.

Die Lagergemeinschaft wurde am 24. Mai 1947 im Festsaal des Alten Rathauses gegründet, an der Ravensbrück-Überlebende, Delegationen aus dem Ausland und auch Vertreter der Politik teilnahmen. In das Vereinsregister wurde der Verein erst Anfang 1958 eingetragen.

Beseelt vom „Geist der Lagerstraße" nahmen sich die Ravensbrückerinnen vor, am Aufbau eines demokratischen Gesellschaftssystems mitzuwirken und abseits bzw. jenseits von weltanschaulichen Differenzen gegen jede Form des Faschismus, Nazismus, Antisemitismus und Rassismus aufzutreten.

Die aktiven Mitglieder setzten eine Reihe von Projekten um (z. B. Ausstellungen, Filmvorführungen, Vortragsreihen, jährliche Gedenkfahrten nach Ravensbrück). Einmal im Jahr erscheint ein Mitteilungsblatt. Aktuell ist ein Filmprojekt geplant und in Verwirklichung.

Seit Mitte der 90er Jahre wurden auch Frauen der Nachfolgegenerationen aufgenommen, die 2005 auch die Vereinsfunktionen und -agenden übernahmen. Im Zuge dieses Prozesses erfolgte eine Namenserweiterung des Vereins in „Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen".

Kein oder noch kein Teil der Vernetzungsplattform ist eine sechste Lagergemeinschaft: die Lagergemeinschaft Flossenbürg.

Vorsitzender: Theo Maier

Flossenbürg ist eine kleine bayrische Gemeinde im Oberpfälzer Wald, nahe der Grenze zu Tschechien. Nach der Machtübernahme der Nazis wurde dort ein Konzentrationslager im Mai 1938 errichtet, um die reichhaltigen Granitvorkommen auszubeuten. Ab 1943 wurde das Lager Rüstungsstandort und gleichzeitig entstand ein System von rund 100 Außenlagern. Die SS hielt zwischen 1938 und 1945 rund 100.000 Häftlinge in diesem KZ gefangen, darunter ca. 1.500 Personen aus Österreich. 30.000 Menschen überlebten die Schreckensherrschaft nicht.

Im Jahr 2001 starb im Alter von 97 Jahren der bekannte Flossenbürg-Überlebende Leo Mistinger. Leo Mistinger war Bezirksvorsteher des 15. Bezirks und später Nationalratsabgeordneter und bei den Sozialistischen Freiheitskämpfern ab 1990 Bundesvorsitzender. Die Erinnerung an diese bedeutende Persönlichkeit der SPÖ war Anlass zur Gründung der Lagergemeinschaft. Vom späteren Bundesvorsitzenden der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, initiiert, erfolgte die Gründung im Jahr 2011. Im Jahr 2014 übernahm Theo Maier den Vorsitz.

In den Sitzungen der Lagergemeinschaft stand die Aufarbeitung der Geschichte des KZ Flossenbürg im Vordergrund. Im Jahr 2015 fand eine Exkursion anlässlich der 70-jährigen Befreiung des KZ statt. Aktuell sind eine Broschüre über Flossenbürg und die Lagergemeinschaft und der etwaige Aufbau einer Website geplant.

Claus Michl-Atzmüller ■

Inventarnummer 1938

Mit der Schau „Inventarnummer 1938" präsentiert das Technische Museum Wien als erstes Museum im deutschsprachigen Raum das Thema der Provenienzforschung „dauerhaft" in seiner Schausammlung – so lange, bis sich die Schau durch die Rückgabe der Objekte selbst abschafft!

Die öffentliche Diskussion um Provenienzforschung wird beherrscht von der Frage der Rückgabe von wertvollen Kunstgegenständen. Dabei wird meist übersehen, dass hauptsächlich Objekte des alltäglichen Lebens von „rassisch" und „politisch" Verfolgten gestohlen wurden.

Kulturminister Ostermayer eröffnete die Ausstellung „Inventarnummer 1938" am 3. November. Objekte des täglichen Lebens seien ein wesentlicher Bestandteil der Sammlung des Technischen Museums. „Der Erforschung ihrer Herkunft kommt daher besondere Bedeutung zu. Nur so können wir die erschreckende alltägliche Praxis des NS-Terrorregimes aufzeigen und die Basis für Rückgaben schaffen", so Ostermayer. Über 80.000 Objekte, Bücher und Archivalien des Technischen Museums sind bereits überprüft worden. „Insgesamt konnten Rückgaben in acht Fällen abgeschlossen werden, bei weiteren acht Fällen läuft derzeit die Suche nach Erben. Der Israelitischen Kultusgemeinde möchte ich für die Zusammenarbeit bei den oft schwierigen Recherchen herzlich danken. Außerdem möchte ich allen Kunstrückgabeverantwortlichen in Österreich, den Provenienzforscherinnen und -forschern in den Museen sowie den Mitgliedern der Kommissionen und Beiräte für ihre Arbeit danken. Durch ihre Tätigkeit kann die Republik ihre Verantwortung aus den Verbrechen des NS-Regimes wahrnehmen. Und Österreich nimmt damit eine Vorreiterrolle in der internationalen Restitutionsforschung ein", so der Kulturminister.

Einen der Brennpunkte der Eröffnung bildete die „Duschnitz-Orgel", wobei Bettina Schöngut deren lückenhafte Geschichte aufklären konnte. 1994 wurde die Orgel durch das Technische Museum erworben. Der Enkelsohn des Besitzers, Harold Chipman, meinte, sein Großvater wäre heute glücklich, wenn er sehen könnte, dass die Orgel im Museum steht. Glücklich macht ihn als Enkel vor allem die Spurensuche nach seinen Wurzeln. „Ich fühle mich meinem Großvater erst jetzt richtig nahe."

Yvan Moallic

Yvan Moallic, Dr. Gabriele Zuna-Kratky, Prof. Dr. Harold Chipman, Bettina Schöngut und Bundesminister Dr. Josef Ostermayer bei der Eröffnung der Schausammlung (v. l. n. r.)

Ein weiteres interessantes Objekt der Schausammlung ist ein Fiat 522 C. Durch Zufall fand Silvia Gluckselig im Internet heraus, dass der Wagen ihrer Großmutter Rosa Glückselig in Wien steht. Er wurde 1938 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt, an die Bundesgärten Schönbrunn verkauft und kam 1952 als Schenkung ins Technische Museum. Den Fiat 522 hat das Technische Museum 2007 an die Erben restituiert und dann wieder gekauft, da er ein bedeutendes zeithistorisches Objekt ist. Wenn Silvia Gluckselig heute vor dem Auto steht, fühlt sie sich ihren Großeltern verbunden. „Ich kann mir gut vorstellen, wie die beiden im Auto gesessen sind. Aber ich bin vor allem froh, dass ich meinen Kindern etwas über unsere Familie erzählen kann."

Aber auch viele weitere Gegenstände des täglichen Lebens, die einst Vertriebenen und Verfolgten gehört haben, etwa eine Schreibmaschine, eine Briefwaage, ein Durchlauferhitzer oder ein Radio, auch Fahrräder und Autos – all diese Dinge wurden den Juden von den Nationalsozialisten abgenommen, erklärt Direktorin Gabriele Zuna-Kratky. Zu sehen sind die Objekte in einer Dauerausstellung. Nicht nur: Sie sollen an die Erben der Eigentümer zurückgegeben werden. ■

Gedenktafel in der Rossauer Kaserne

Am 23. November 2015 enthüllte Verteidigungsminister Gerald Klug gemeinsam mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner eine Gedenktafel zur Erinnerung an die politischen Häftlinge 1933 bis 1945 in der Rossauer Kaserne. Damit soll das Andenken an jene Frauen und Männer bewahrt werden, die sich in den 1930er und 1940er Jahren für soziale Gerechtigkeit und Demokratie engagiert haben. Es gilt aber auch jenen, die aufgrund ihrer sexuellen, religiösen oder anderen Orientierung im Gegensatz zu den diktatorischen Regimen zwischen 1933 und 1945 standen und deshalb verhaftet wurden.

Bundesheer/Pusch

BM Gerald Klug und BM Johanna Mikl-Leitner bei der Enthüllung der Gedenktafel

Für Bundesminister Klug ist die Tafel ein sichtbares Zeichen für Freiheit und Demokratie: „Wir wollen all diejenigen ehren, die selbst unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens sich eingesetzt haben: für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und für ein freies Österreich."

Diese Gedenktafel ist eine weitere Würdigung der Republik für die österreichischen Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer. Sie ehrt das Engagement für die Grundwerte unserer Gesellschaft und ist aktuell auch ein klares Zeichen gegen Polarisierung, Rassismus, Gewalt und Faschismus.

Die Veranstaltung wurde von der Jura Soyfer Gesellschaft initiiert. Sie wurde 1988 gegründet – im Vorfeld des 50. Todestages von Jura Soyfer, der am 16. Februar 1939 im Konzentrationslager Buchenwald verstarb. Die Gestaltung der Gedenktafel erfolgte in Abstimmung mit der Militärhistorischen Denkmalkommission des Verteidigungsministeriums. ■

Widerstandsmahnmal in Vorarlberg

Am 14. November 2015 wurde auf dem zentral gelegenen Sparkassenplatz in Bregenz ein Denkmal für Vorarlberger Freiheitskämpfer/innen, Deserteure und Wehrdienstverweigerer während der NS-Zeit eingeweiht.

Gestaltet wurde das Denkmal von der jungen Kärntner slowenischen Künstlerin Nataša Sienčnik. Es ähnelt den früheren Anzeigetafeln auf Bahnhöfen. Die Holocaust-Überlebende Ágnes Heller, geboren 1929 in Budapest, hielt die Festrede bei der Feier.

Das Denkmal erinnert an jene Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, die dem NS-Regime den Gehorsam verweigerten. Dazu gehören Deserteure, Widerstandskämpfer und Bürger, die gegenüber Verfolgten trotz Verbots Menschlichkeit geübt haben. Es zeigt 100 Namen. Pläne für das Denkmal gab es bereits seit 2011. Lanciert hatten die Idee die Vorarlberger Grünen und der Geschichtsverein „Johann-August-Malin-Gesellschaft".

Nataša Sienčnik

Anders als bei der Enthüllung des Wiener Deserteursdenkmals vor einem Jahr gab es im Herbst 2015 in ganz Vorarlberg ein umfangreiches Rahmenprogramm. An 13 Abenden fanden Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen, Diskussionen und ein Konzert rund um das Thema statt.

Genosse Herbert Pruner aus Vorarlberg hat uns folgende Informationen über vom Denkmal erfasste SozialdemokratInnen übermittelt, die wir den LeserInnen des „Sozialdemokratischen Kämpfers" nicht vorenthalten wollen:

Johann August Malin, 22. 9. 1902 Satteins, Geologe; er trat bereits mit 18 Jahren der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei und war bis 1927 Ortsparteiobmann in seinem Heimatort Satteins. Kopf einer Widerstandsgruppe in Feldkirch; am 6. 5. 1942 wegen seiner Widerstandstätigkeit verhaftet, nach Haftzeiten in Bregenz und Feldkirch am 9. 11. 1942 in München-Stadelheim wegen „Hochverrates" hingerichtet. Nach ihm wurde die Johann-August-Malin-Gesellschaft benannt, die als Herausgeberin der wichtigsten Publikationen über die NS-Diktatur in Vorarlberg von größter Bedeutung wurde.

Samuel Spindler, 21. 4. 1982, Maidan/Bukowina, wh. Bregenz; Schuster, Landessekretär der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft, Landesbildungsreferent; bereits 1936 zweimal in Haft; sollte aus „rassischen" und politischen Gründen 1942 in ein KZ deportiert werden; entzog sich der Deportation durch Freitod am 10. 11. 1942.

Franziska Vobr, 13. 5. 1910 Bregenz, sozialdemokratische Jugendfunktionärin, 1937 wegen der Organisation des Transfers von Spanienfreiwilligen drei Monate inhaftiert. Vom 24. 10. bis 12. 12. 1941 in Bregenz in Gestapohaft, dann nach Feldkirch überstellt. Am 22. 5. 1943 wegen „Wehrkraftzersetzung" zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis 7. 5. 1945 im Zuchthaus Waldheim/Sachsen inhaftiert.

Johann Gutensohn, 14. 3. 1915 Dornbirn, Arbeiter; Mitglied der „Aktionistischen Kampforganisation Dornbirn", einer aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Kommunisten bestehenden Widerstandsgruppe; verhaftet im Jänner 1940; am 24. 3. 1942 in Innsbruck wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt; war bis zur Befreiung im Zuchthaus Amberg; spielte eine entscheidende Rolle bei der Entwaffnung der SS-Wachmannschaft vor der Ankunft der amerikanischen Befreiungstruppen.

Alois Jeller, 19. 1. 1902 Flaurling (Tirol), Eisenbahner; wurde im Zuge des Sturms der dortigen Widerstandsgruppe auf die Kreisleitung der NSDAP in Bludenz am 3. 5. 1945 auf brutale Weise ermordet. ■

Verhöhnung am Suevia-Denkmal korrigiert

Seit Jahren haben die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Tirol und die sozialistischen Jugendorganisationen alles versucht, der Huldigung und Verehrung von Dr. Gerhard Lausegger durch das Suevia-Denkmal auf dem Westfriedhof ein Ende zu bereiten. Nun wurde endlich eine Stele errichtet, die über die historischen Hintergründe und die Pogrom-Opfer von 1938 informiert.

Am 4. November trafen sich bei dieser Stele die Bürgermeisterin, Stadt- und Gemeinderätinnen/-räte, VertreterInnen der Zeitgeschichte, der Israelitischen Kultusgemeinde, der Freiheitskämpfer/innen, des Stadtarchivs und der Friedhofsverwaltung sowie Nachkommen des ermordeten Ing. Richard Berger.

Bürgermeisterin Mag. Christine Oppitz-Plörer erklärte: „Es geht um Eingeständnis historischer Schuld, es geht um Gerechtigkeit und es geht um Menschlichkeit und Vergebung." Helmut Muigg, Tiroler Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, dankte der Bürgermeisterin für das Engagement und stellte fest: „Das feige Wegducken der Suevia vor dem Eingeständnis der Schuld und die Verhöhnung der Pogrom-Opfer ist mit der Stele korrigiert!"

Muigg

Lausegger war einer der Mörder des Vorstehers der Israelitischen Kultusgemeinde Ing. Richard Berger, der in der Pogromnacht vom 9. auf 10. November 1938 in den Innauen bei Kranebitten besonders brutal ermordet wurde. ■

Helmut Muigg mit den Gemeinderätinnen Angela Eberl und Sophia Reisecker bei der von der Stadt errichteten Stele am Westfriedhof

Im Schatten der Ringstraße

Vor kurzem erschien im Czernin Verlag ein – laut Eigendefinition – „Reiseführer durch die braune Topografie von Wien" mit dem Titel „Im Schatten der Ringstraße".

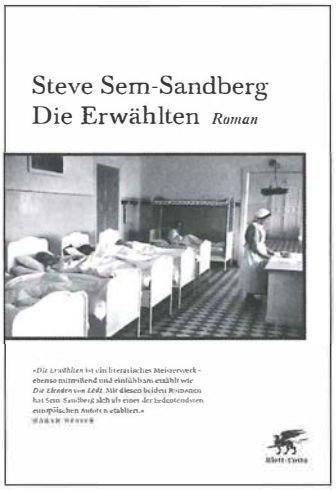
Dass die AutorInnen nicht aus der Zeitgeschichtsforschung stammen, ist leider nicht zu übersehen. Es gibt kleinere und größere Fehler im Buch, manche davon mögen dem Lektorat geschuldet sein. Eine unvollständige Auswahl: Auf den Seiten 85 und 317 heißt Christian Griepenkerl (ein Mitglied der Kommission, die Adolf Hitler die Aufnahme in die Kunstakademie verweigerte) „Giepenkerl". Auf Seite 97 wird bei einer Aufzählung der DÖW-LeiterInnen auf Brigitte Bailer vergessen. Auf Seite 153 wird Götz ALY zu Aly GÖTZ, Leopold Figl heißt einmal „Fiegl" (Seite 161). Auf Seite 162 steht, dass mit dem Staatsvertrag 1955 alle NS-Organisationen aufgelöst wurden – als hätte es kein Verbotsgesetz 1945 (!) gegeben. Der Text „Sturm auf das Rote Wien" (Seite 267–270) zu den Februarkämpfen ist missglückt. Insgesamt sind fast 500 Frauen und Männer im Buch erwähnt, es gibt zahlreiche Literatur- und Internet-Tipps. Der gute Wille ist den AutorInnen nicht abzusprechen, doch hat antifaschistische Literatur fehlerfrei zu sein. Das ist nicht pingelig, sondern politisch unabdingbar.

Eva Maria Bachinger, Gerald Lehner: „Im Schatten der Ringstraße. Reiseführer durch die braune Topografie von Wien", Czernin Verlag, Wien, 2015, ISBN: 978-3-7076-0432-0, 328 Seiten, € 23,90

Czernin

Die Erwähnten

Steve Sem-Sandbergs „Die Erwähnten" ist ein literarisches Meisterwerk, das ich (Anm.: Redaktionsmitglied Claus Michl-Atzmüller) in nur wenigen Tagen höchst fasziniert „verschlungen" habe und absolut empfehlen kann. Dieses Buch ist keines, welches moralisiert, obwohl das für mich kein Problem wäre. Im Gegenteil. Es ist ein starkes Plädoyer für Menschlichkeit und Toleranz.



Ab 1940 führte das NS-Regime in der Kinder- und Jugendfürsorgeanstalt „Am Spiegelgrund" systematisch ihre Verbrechen der Kindereuthanasie durch. Die Opfer tragen im Roman fiktive Namen. Im Vordergrund steht die Lebensgeschichte von Adrian Ziegler, dem eine Herkunft aus einem sozial und erbbiologisch „minderwertigen" Elternhaus unterstellt wird.

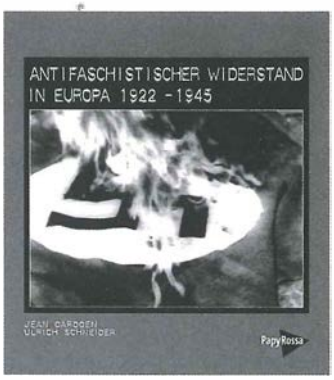
Die Täter hingegen tragen im Roman ihre eigenen Namen: Dr. habil. Jekellius, Dr. Illing, Dr. Türk, Dr. Hübsch. Besonderes Augenmerk legt Sem-Sandberg auf die Schwester Anna Katschenka und nicht zuletzt auf Dr. Heinrich Gross. Der BSA und die SPÖ hatten sich vor Jahren der Person Dr. Heinrich Gross gestellt und ich möchte behaupten, dass eine ehrliche Vergangenheitsbewältigung stattgefunden hat.

Steve Sem-Sandberg (aus dem Schwedischen von Gisela Kosubek, Original: „De utvalda"): „Die Erwählten", Klett-Cotta, Stuttgart, 2015, ISBN: 978-3-608-93987-3, 525 Seiten, € 26,95

Klett-Cotta

Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922–1945

Mit zahlreichen Bildern porträtiert der viersprachige Band (deutsch/englisch/niederländisch/französisch) den Kampf gegen den Faschismus in 21 europäischen Ländern – von Guernica über das Warschauer Ghetto bis nach Stalingrad – und stellt dessen unterschiedlichen Charakter dar. Die Autoren halten die Erinnerung an die bekannten und unbekannten Menschen wach, die sich im Namen der Menschenwürde über ideologische Barrieren hinweg gegen den Faschismus erhoben. Zu jedem Land gibt es einen kurzen Text. Dass dieser oft hölzern wirkt, mag der Übersetzung geschuldet sein. Es schmerzt, wenn die „Vaterländische Front" als „Patriotische Front" bezeichnet wird. Die Auswahl vieler Fotos erscheint zufällig, ein wirkliches Konzept erschließt sich nicht. So gibt es etwa sieben Abbildungen zu Österreich: zweimal die Todesstiege in Mauthausen, Schwester Restituta und Pater Franz Reinisch sowie einen Brief von Leopold Figl aus Dachau. Okay. Weiters das Ottakringer Arbeiterheim nach dem Februar 1934, ohne zu erklären, worum es sich dabei handelt. Schließlich ein Porträt von Sigmund Freud. Man fragt sich warum, Ikone des Widerstands war Freud keine. Positiv ist die Breite des Buchinhalts.



Jean Cardoen, Ulrich Schneider: „Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922–1945", PapyRossa, Köln, 2015, ISBN: 978-3-89438-589-7, 335 Seiten, € 29,90

PapyRossa

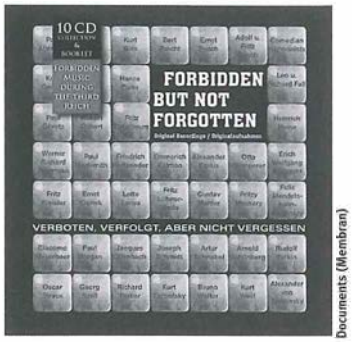
Verboten, verfolgt, aber nicht vergessen

Zehn zusammengestellte CDs machen anhand kurzer biografischer Angaben zu den Beteiligten deutlich, welche oft unfassbaren Folgen nationalsozialistische Herrschaft hatte.

Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 begann in Deutschland ein in der europäischen Kulturgeschichte einmaliger Versuch der Vernichtung künstlerischer und moralischer Werte in bis dahin unvorstellbarem Maße. „Schmutz und Schund" nannte Propagandaminister Goebbels die nun verbotenen Werke verfemter AutorInnen. Viele Namen sind deshalb der jüngeren Generation fremd oder werden nicht in Verbindung mit nationalsozialistischer Verfolgung gebracht. Bereits 1928 hatten Nazis und Nationalkonservative einen „Kampfbund für deutsche Kultur" geschaffen. Im November 1933 wurde die Reichskulturkammer mit ihren Einzelkammern für Literatur, Radio, Theater, Musik und Film gegründet. Die Mitgliedschaft war Pflicht für alle Berufsgruppen. Der Ausschluss oder die Verweigerung der Aufnahme (aus rassistischen oder politischen Gründen) kamen einem Berufsverbot gleich.

2015 erschien die CD-Box „Forbidden, but not forgotten" mit insgesamt 175 Musikaufnahmen auf zehn CDs. Ein umfangreiches Booklet enthält kurze Erläuterungen. Diese 10-CD-Box mit originalen „entarteten" Musikbeispielen vor und noch aus der Nazi-Zeit gliedert sich sehr übersichtlich in einzelne Sparten, was das Hören erleichtert, aber in den einzelnen Bezeichnungen der Rubriken auch mal Stirnrunzeln hervorruft, weil man Anführungsstriche vermisst (Kulturbolschewismus, gefolgt von Kabarett/Chanson, Lockere Sitten, Die große Freiheit, Schlager und Film, (viel) Operette, Oper, Konzert).

Diese 10 CDs sind ein deprimierendes Kompendium an Namen und Persönlichkeiten, die im „Dritten Reich" nicht gelitten waren, umgebracht wurden oder doch noch gerade entkommen konnten. Weigert und Busch, Elisabeth Schumann und Lotte Lehmann, Tauber und Spoliansky, Strawinsky und Schulhoff, Schönberg und Mahler, Delia oder Max Reinhardt, Kipnis und Schorr, Jansen und Scheidl, Armbrust und Mira, Dietrich und Ebinger – eine Legion, deren Vernichtung (eben auch im öffentlichen Nachkriegsbewusstsein) ein akutes Ausbluten des deutschen und österreichischen Geistes- und Kunstlebens bedeutete. Deshalb ist dieses CD-Kompendium umso empfehlenswerter, weil es uns kursorisch an unsere reiche musikalische Vergangenheit erinnert und uns diese – gut aufgefächert – hörbar nahebringt. ■



Documents (Membran)

Für wohlfeile € 23,99 erhältlich: die CD-Box „Forbidden, but not forgotten"

CD: Spanien im Herzen

Die von Bear Family vorgelegte Edition vereint – erstmals in diesem Umfang – mehr als 120 (!) Spanienlieder auf 7 CDs. Gerald Netzl hat für den „Sozialdemokratischen Kämpfer" reingehört.

Am 18. Juli 1936 erhoben sich in Spanien reaktionäre Generäle und Teile der Armee gegen die legitime, demokratisch gewählte Regierung. Der Putsch misslang. Doch mithilfe von Hitlers Luftwaffe wurden aufständische Truppen von Marokko auf die Iberische Halbinsel gebracht. Wenige Wochen nach dem Putsch setzte jedoch auch die internationale Solidaritätsbewegung mit dem spanischen Volk und seiner Regierung ein. In den nahezu drei Jahren, die das spanische Volk für seine Freiheit kämpfte, wurde wie schon im Februar 1934 bei uns bewiesen, dass dem Faschismus Widerstand geleistet werden kann.

Bis heute sind das Interesse an und die Beschäftigung mit den damaligen Ereignissen ungebrochen. Dieses Interesse reicht weit über den Kreis von HistorikerInnen hinaus. Es sind vor allem die seinerzeit entstandenen künstlerischen Werke, welche von progressiven Menschen jeder Generation aufs Neue entdeckt werden. 120 (!) Spanienlieder auf 7 CDs finden sich nun in der Edition „Spanien im Herzen" (der Titel entspricht Pablo Nerudas gleichnamiger poetischer Liebeserklärung an das kämpfende spanische Volk von 1937). Dabei stehen hierzulande wenig bis gar nicht bekannte Lieder des spanischen Volkes und der republikanischen Armee neben Stücken, die bei den Internationalen Brigaden entstanden und gesungen wurden. Von besonderer Authentizität sind die zu hörenden historischen Schellackeinspielungen, u. a. mit Ernst Busch, Pete Seeger, Woody Guthrie und Paul Robeson.

Bear Family Productions

7-CD-/1-DVD-Box (LP-Format) mit 316-seitigem gebundenem Buch, 127 Einzeltitel, Gesamtspieldauer ca. 326 Minuten

Das durchgehend dreisprachige, mehr als 300 Seiten umfassende Begleitbuch im LP-Format ist nicht nur optisch ein Leckerbissen. Es enthält sämtliche Liedtexte nebst Kommentaren und Plattencover, dazu eine Chronik des Bürgerkriegs. Längere Ausschnitte aus zeitgenössischen Spanienreportagen von Ernest Hemingway, Ilja Ehrenburg, Willi Bredel, Arthur Koestler, Erich Weinert, Alfred Kantorowicz und Ludwig Renn sind literarische Höhepunkte. Mehr als 40 Farbreproduktionen republikanischer Plakate, zahlreiche historische Fotos sowie eine Bildmappe von 1936 im Faksimile runden es ab. Eine beigegebene DVD mit der israelischen Filmdokumentation „300 Juden gegen Franco" erzählt die Geschichte freiwilliger jüdischer Kämpfer, die 1936 von Palästina aus nach Spanien gelangten. ■

Zäune der Bürokratie (1/2)

In einer 2-teiligen Serie drucken wir, beginnend mit dieser Ausgabe, den Erfahrungsbericht einer Person ab, die einen jungen Flüchtling auf Behördenwegen begleitete.

Als Vertrauensperson eines jungen Asylwerbers erlebte ich die Behörde von innen. Amin G. (Name von der Redaktion geändert) flüchtete mit 22 Jahren aus politischen Gründen aus seinem Heimatland. Man drohte ihm mit dem Tod. Seine Verfolger denken bis heute, dass er sich noch in seinem Land aufhält. Aus diesem Grund wird seine Familie, die er zurückließ, ebenfalls bedroht. Zuerst hielt er sich sechs Monate im eigenen Land versteckt. Aus Geldmangel musste er wieder mit seiner Familie Kontakt aufnehmen. Dies flog jedes Mal auf, sodass er das Land dann doch illegal verlassen musste. Seine Flucht dauerte mehr als sieben Monate bis er letztlich Ende 2013 in Österreich ankam. Er lebte sechs Monate in Traiskirchen und wurde – durch Glück – Wien zugewiesen. Derzeit befindet sich Amin in einer Ausbildung und besucht nebenbei sämtliche Deutschkurse, die angeboten werden. Aus diesem Grund spricht er schon gut Deutsch.

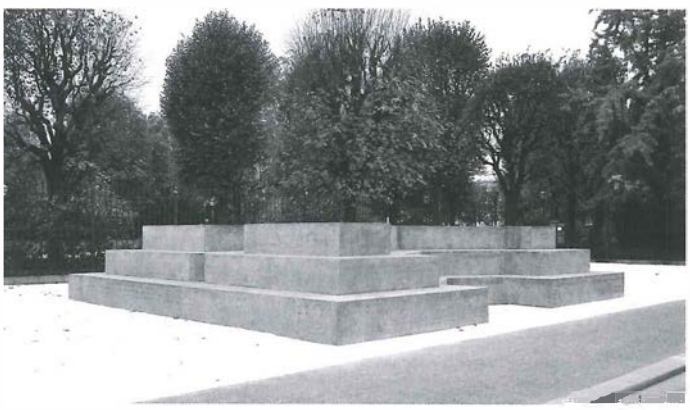
Amin wird im Oktober für 9 Uhr auf das Asylamt zu einer Einvernahme vorgeladen. Dort muss er unter anderem die Gründe für seine Flucht erklären. Da er in Österreich keine fixe Bezugsperson und auch keine rechtliche Vertretung findet, begleitete ich ihn. Auch für mich war es das erste Mal, bei einem Behördenweg wie diesem dabei zu sein. Wir hatten vereinbart, dass wir uns sicherheitshalber etwas früher vor dem Eingang treffen.

Schon von der Ferne sehe ich eine Masse von Menschen, die vor dem Gebäude des Asylamtes wartet. Die Personen stellen sich geordnet hintereinander in einer Schlange an, als ob Räumungsverkauf wäre – nur wesentlich gesitteter. Dann sehe ich Amin und er entdeckt mich. Es wird das einzige Mal an diesem Tag sein, dass ich ihn lächeln sehe. Auch für mich ist diese Situation fast banal, denn wir stehen mitten in Wien am Gürtel und der morgendliche Stoßverkehr rollt an uns vorbei. Autofahrer sitzen in ihren beheizten Autos und gaffen uns an. Ich kann meine Gedanken kaum fassen und komme mir irgendwie beobachtet vor.

Wir können noch nicht einmal die Eingangstüre sehen. Es geht ein paar Schritte weiter. Obwohl ich unter den vielen Menschen derjenige bin, der am wenigsten befürchten muss, ist es ein Gefühl von Minderwertigkeit, das in mir hochkommt. Wie es Amin und den anderen wohl gehen muss? Dann geht es wieder einige Schritte weiter. Nach einer halben Stunde „dürfen" wir endlich in das Gebäude. Immer in Gruppen zu rund 15 Personen, darunter auch Familien mit Kindern. Mit harscher Stimme schreit ein Beamter, der an der Pforte sitzt: „Stöts eich do hinter de Linie – zruck do, zruck do!" Sicherheitskontrolle. Einige in der Gruppe sehen mich verwirrt an. Ich übersetze ins Englische, was er gesagt hat. Alle müssen nun einzeln durch einen Bodyscanner gehen, nachdem Taschen, Gürtel und Metallgegenstände abgegeben wurden.
Endlich auf der anderen Seite angekommen. Die Wegweiser sind spärlich und schlecht beschrieben. Ob jeder weiß, dass eine Zimmernummer beginnend mit 200 im zweiten Stock zu finden ist? Ich bezweifle das und wir gehen hinauf. Beim richtigen Zimmer angekommen, sagt uns eine Polizistin in Zivilkleidung, dass wir draußen warten sollen. Nach zehn Minuten werden wir von ihr aufgerufen. Ich werde belehrt, dass ich als Begleitperson nichts sagen darf. Sollte ich dies missachten, werde ich hinausgeführt. Wahrscheinlich ist es schon öfter passiert, dass Begleitpersonen versucht haben, zu intervenieren. Ich werde ersucht, mich auszuweisen. Ein Dolmetscher, den Amin schon einmal in Traiskirchen getroffen hat, sitzt bereits mit einem Becher Kaffee neben der Beamtin. Die Einvernahme beginnt mit der Übergabe von Amins Dokumenten. *(Fortsetzung folgt)*

Rechte Provokationen

Rassistische Agitatoren hetzten am 21. November vor dem Bundeskanzleramt gegen Schutz suchende Flüchtlinge und missbrauchten dabei das Denkmal für Verfolgte der NS-Militärjustiz als Bühne. Johannes Schwantner, Bundesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, und Gerade Netzl, Wiener Landesvorsitzender, kritisierten dies scharf als „eine inakzeptable Provokation und einen Ausdruck der Verachtung gegenüber den Wehrmachtsdeserteuren". Laut „Offensive gegen Rechts" fanden sich unter den TeilnehmerInnen zahlreiche Neonazis, Identitäre und rechte Hooligans. Schwantner und Netzl erwarten sich künftig mehr Sensibilität bei der Prüfung und Genehmigung solcher Kundgebungen. „Denk- und Mahnmale an die Opfer von Faschismus und Krieg sind besonders schützenswert", machten Schwantner und Netzl in einer Aussendung klar.



Herzi Pinki/de.wikipedia.org

Dass der Kampf gegen Neofaschismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus nichts von seiner Gültigkeit verloren hat, zeigte ein rechter Aufmarsch vor dem Bundeskanzleramt

Die jüngsten Entwicklungen sind alarmierend. Neben Deutschland ist auch in Österreich ein deutlicher Zuwachs rechtsextremer Gewalttaten zu verzeichnen. So gab das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Anfang November bekannt, dass im Jahr 2015 bereits in den ersten drei Quartalen mehr rechtsextreme Taten zu verzeichnen waren als im gesamten Vorjahr.

Laute Stimmen

„Voices for Refugees": Rund 150.000 Menschen besuchten das von der Volkshilfe organisierte Konzert mit renommierten KünstlerInnen auf dem Wiener Heldenplatz und setzten damit gemeinsam ein Zeichen der Solidarität mit den nach Europa kommenden Menschen. Schon zuvor zogen mehr als 20.000 DemonstrantInnen unter dem Motto „Flüchtlinge willkommen!" vom Westbahnhof zum Parlament.

Bundespräsident Heinz Fischer zeigte sich beeindruckt von den „tausenden Menschen auf dem Heldenplatz, die ihre Stimme für ein menschliches Europa erheben". In seiner Ansprache betonte er: „Menschen in Not brauchen Zuwendung, wir dürfen uns nicht abwenden. Ich wende mich nicht von jenen ab, die Sorgen und Ängste haben. Aber ich wende mich von jenen ab, die aus der Not der Flüchtlinge ein Geschäft machen, sei es ein wirtschaftliches oder politisches."

Erich Fenninger, Direktor der Volkshilfe und Initiator des Konzertes, bedankte sich bei den BesucherInnen. „Das Solidaritätskonzert war ein klares Statement für ein menschliches Europa. Unser großer Dank geht an alle, die innerhalb kürzester Zeit mitgewirkt haben, dieses großartige Ereignis zu verwirklichen, allen, die sich seit Wochen freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagieren, und allen, die mit ihrem Kommen dazu beigetragen haben, dass das Zeichen, das wir setzen konnten, so einzigartig und stark war."
Campino, Sänger der Toten Hosen, appellierte: „Lasst euch diese Stadt nicht wegnehmen von diesem Heinz-Christian Strache. Würde unter ihm so ein Abend möglich sein?"

Brauner Besuch

Ganz so rauschend wie erhofft ist die Wahlparty der FPÖ ja dann doch nicht abgelaufen. Für die Kameras wurde zwar gejubelt, sobald diese aus waren, war die Stimmung laut Medienberichten dann aber eher verhalten – hatte doch niemand mit einem so großen Abstand zwischen SPÖ und FPÖ bei der Wien-Wahl gerechnet.

Bemerkenswert an der blauen Wahlparty war auch die Türpolitik. So wurde etwa der Falter-Journalistin Nina Horaczek der Zutritt zum Festzelt von einem Mann von der Security nach einem kurzen Blick auf sein Handy verwehrt. Vielleicht hat Strache Horaczeks Buch („HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde") nicht gefallen. Auch der Fotograf Christian Müller berichtete auf Twitter von einer „unfassbar aggressiven Stimmung" gegenüber der Presse.

Andere Gäste hingegen waren offensichtlich gerne gesehen: Laut eigenen Angaben auf Facebook war eine „inoffizielle Delegation" des bayrischen Landesverbandes der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bei der Wahlparty der Wiener FPÖ, um sich dort „emotionale Kraft" zu holen. Das scheint für die Neonazis aus Deutschland gut funktioniert zu haben – die „vielen wunderbaren Gespräche an diesem Abend haben gezeigt, dass wir uns als ein Volk empfinden, das sich den gleichen Problemen gegenübersieht und dieselben Ziele verfolgt."

Heinz-Christian Strache reagierte auf seiner Facebook-Seite mit folgenden Worten: „Wer bei uns und mit uns in einem geschlossenen Veranstaltungsrahmen feiert, suchen wir uns schon noch selber aus."

Identitäre Rasierklingen

Für die „Identitäre Bewegung", die es durch regelmäßige Aufmärsche mit starker internationaler Beteiligung immer wieder zu einer gewissen medialen Präsenz bringt, läuft es derzeit nicht so gut. Zwar versuchen sie mit allen Mitteln, Kapital aus der Asylkrise und der angespannten Situation zu schlagen, doch geht ihr wenig durchdachter Aktionismus derzeit eher unter.

Und jetzt auch noch das: In einer Wiener Berufsschule im 15. Bezirk wurde im Oktober ein Aufkleber der „Identitären Bewegung" gefunden, der mit Rasierklingen so präpariert wurde, dass man sich beim Entfernen schwere Schnittverletzungen zuziehen kann. Die Landespolizeidirektion Wien mahnt zur Vorsicht und warnt vor etwaigen weiteren präparierten Stickern. Das DÖW berichtet auf seiner

Homepage, dass diese perfide Praxis in der rechtsextremen Szene immer wieder zur Anwendung kommt. Dass die Identitären dennoch versuchen, den Verdacht auf ihre GegnerInnen zu lenken, ist nicht weiter verwunderlich. Irritierend ist aber, dass der Vorsitzende der Identitären seine kruden Theorien unwidersprochen in „Wien heute" verbreiten durfte und im Zuge dessen auch behauptete, dass von den „Identitären" nie Gewalt ausgehe. Dabei kam es zuletzt im Juni zu gewalttätigen Angriffen auf AntifaschistInnen nach einem Aufmarsch der Identitären.

Blauer Jobbik-Freundeskreis

Wie stopptdierechten.at berichtete, wurde im Oktober ein österreichischer „Freundeskreis" der rechtsextremen ungarischen Partei Jobbik gegründet. Jobbik hat in den letzten Jahren immer wieder durch antisemitische und antiziganistische Aussagen und Aktionen Aufmerksamkeit erregt und setzt sich außerdem für ein Großungarn aus der Zeit vor 1919 ein.
Noch vor wenigen Jahren bestanden offizielle Verbindungen der FPÖ zu Jobbik auf höchster Ebene. So reisten noch 2010 der außenpolitische Sprecher der FPÖ im Nationalrat, Johannes Hübner, und Johann Gudenus, heute Wiener Vizebürgermeister ohne Ressort, als Ehrengäste zum Jobbik-Kongress nach Budapest.

Heute bemüht man sich, auf europäische Verbündete angewiesen, in der FPÖ-Führungsriege eher um Abstand zu den Neofaschisten aus Ungarn.
Dass der neu gegründete „Freundeskreis" dennoch aus der blauen Ecke kommt, verwundert hingegen nicht. Der Gründer des Freundeskreises, der Burschenschafter Karl Eggl, wurde in Ottakring als Vertreter der FPÖ in den Bezirksrat gewählt.

„Vielleicht sollte er seinen burgenländischen FPÖ-Kameraden, vor allem dem Sicherheitsreferenten und Landeshauptmannstellvertreter Tschürtz, bei Gelegenheit einmal erklären, wie das mit Groß-Ungarn, Trianon und dem Burgenland wirklich funktionieren soll", wird Eggl auf stopptdiedrechten.at nahegelegt.

WEBTIPP:
www.stopptdierechten.at

Liebe Genossin, lieber Genosse! Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir bitten um deine Unterstützung! Wir haben festgestellt, dass eine große Anzahl Exemplare unserer Zeitung „Der sozialdemokratische Kämpfer" an Menschen verschickt wird, die nicht mehr Mitglied unseres Bundes sind bzw. ihren Mitgliedsbeitrag nicht bezahlt haben. Falls du nicht mehr Mitglied bist, dein Austritt aber untergegangen ist, teile das bitte unserem Sekretariat mit: Tel. 01/534 27-277 oder kaempfer@spoe.at. Sollte von dir in der Vergangenheit leider nicht kassiert worden sein, entschuldigen wir uns und freuen uns, wenn du deinen offenen Beitrag nachträglich erlegst! IBAN AT431400010010666916 (Jahresbeitrag bis 2014 € 9,–; seit 2015 € 15,–).

Vielen Dank und Freundschaft!

Die Redaktion

Unseren Mitgliedern und AbonnentInnen ein erfolgreiches Jahr 2016 wünscht die Redaktion

Hermann-Langbein-Symposium: 18.–22.4.2016

Ziel dieses Seminars zu „Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus" ist es, über die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzuklären und umfassendes Wissen und Informationen für die antifaschistische Aufklärungsarbeit für Lehrkräfte aller Schultypen anzubieten. Die Nähe des Seminarorts zu den Gedenkstätten Mauthausen und Hartheim ermöglicht im Rahmen von Exkursionen die Einbeziehung dieser Gedenkorte und ihrer Vermittlungsangebote. Das Seminar ist offen zugänglich und es können auch einzelne Vorträge besucht werden.

Anmeldungen Lehrer und Lehrerinnen:
Mag. Michael WIERY, BEd
Tel.: +43/(0)1/601 18-3725
Fax: +43/(0)1/601 18-3202
michael.wiery@phwien.ac.at

Anmeldungen
für weitere Gäste und Schulklassen aus Oberösterreich und Infos:
thea@schwantner.com
www.langbeinsymposium.at

Internationale Sommerakademie: 20.–26.8.2016

Dieses Fortbildungsseminar der Pädagogischen Hochschule Wien und des Auschwitz-Birkenau Staatsmuseums eröffnet die Möglichkeit einer intensiven und gleichzeitig persönlichen Beschäftigung für Lehrerinnen und Lehrer mit vielfältigen Themen über und rund um die Gedenkstätte Auschwitz. Im Zuge der Seminarreihe an der Gedenkstätte Auschwitz werden Vorträge und Workshops zum Thema angeboten. Ebenfalls vorgesehen ist eine Besichtigung der Stadt Krakau. Mitveranstalter ist die AK Wien.

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Dagmar Casagrande, Annemarie Hopfgartner, Vinzenz Jobst, Peter Larndorfer, Claus Michl-Atzmüller, Helmut Muigg, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Rudolf Sarközi, Henri Schreiber, Susanna Steiger-Moser.
Grafische Gestaltung: Jennifer Neumann.
Lektorat: Julia Gartner, Roswitha Horak, Roswitha Singer-Valentin.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. November 2015
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29. Februar 2016

Impressum:
Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0
Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer
Hersteller: Bauer Medien
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer" veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.
Zlnr.: GZ 02Z033355M